



WISSENSCHAFTLICHE POLITIKSTIPENDIEN
BOURSES POLITIQUE ET SCIENCE
BORSE POLITICA E SCIENZA

Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien Jahresbericht 2021



www.politikstipendien.ch

www.bourses-politiques.ch



WISSENSCHAFTLICHE POLITIKSTIPENDIEN
BOURSES POLITIQUE ET SCIENCE
BORSE POLITICA E SCIENZA

Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien

Jahresbericht 2021

Geschäftsstelle Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien, Liselotte Schlegel
Haus der Akademien, Laupenstrasse 7, Postfach, 3001 Bern

www.politikstipendien.ch

www.bourses-politiques.ch

<https://www.linkedin.com/company/wissenschaftliche-politikstipendien>

Inhalt

Editorial	3
Die Wissenschaftlichen Politikstipendien	4
Aus dem Alltag der Wissenschaftlichen Politikstipendiat:innen	5
Tätigkeiten der Stiftung im Berichtsjahr	7
Stiftungsrat	7
Ausschreibung und Bewerbungsverfahren	8
Zusammensetzung des Stiftungsrats	9
Die Trägerorganisationen	10



Editorial

Von Brücken und Netzen

Auch im Berichtsjahr 2021 war der Alltag der Stiftung und ihrer Stipendiat:innen von besonderen Lagen und Ereignissen geprägt. Die Corona-Wellen fanden ihren eigenen Rhythmus ebenso wie das Parlament und seine Mitarbeitenden, die sich an sich stetig wandelnde Massnahmenpakete gewöhnten.

Für Menschen am Anfang bzw. an einem Wendepunkt ihrer beruflichen Laufbahnen war diese Situation anspruchsvoll und bestimmt oft frustrierend und verunsichernd. An einem Tag ermutigten wir unsere Stipendiat:innen zum Netzwerken, nur um uns am nächsten gezwungen zu sehen, sie zurück in die Versenkung im Home-Office und an Sitzungen hinter Plexiglas oder gar Bildschirmen zu schicken. Dennoch versuchten wir, gemeinsam mit den Parlamentsdiensten, unser Bestes zu tun, um jungen Wissenschaftler:innen einen vertieften Einblick in den parlamentarischen Alltag zu gewähren.

Natürlich war das Netzwerken auch 2021 in althergebrachten Formen nicht opportun. Dafür haben wir mit der Stiftung und den Ehemaligen ein noch zartes virtuelles Netz gespannt mit einer renovierten Web-Präsenz und LinkedIn (<https://www.linkedin.com/company/wissenschaftliche-politikstipendien>).

Wer Brücken bauen möchte, tut gut daran, beide Ufer zu kennen, schrieb mein Vorgänger, Jürg Pfister, vor zwei Jahren. Heute möchte ich ergänzen: Wer Brücken zudem aus unterschiedlichen Materialien baut, erhält eine stabilere und flexiblere Struktur. In den vergangenen zwei Jahren konnten wir uns nicht auf die gewohnten Formate abstützen und mussten vermehrt virtuelles Material verwenden, also auch Netze.

Lassen Sie uns weiter am Dialog mitwirken und uns dort einklinken, wo die Menschen sind: auf Podien, wenn welche stattfinden, in virtuellen Formaten, sollte wieder eine Welle anrollen. Wir haben die Chance, dabei zu sein und mitzugestalten, wenn der Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft sich in ein neues Normal einfindet.

Ich danke allen Trägerorganisationen ganz herzlich für ihre wertvolle, unerlässliche Unterstützung!

Philippe Schwab

Generalsekretär der Bundesversammlung

Präsident Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien



Die Wissenschaftlichen Politikstipendien

Die Wissenschaftlichen Politikstipendien ermöglichen es Abgänger:innen der Schweizer Hochschulen aus allen Fachbereichen und Disziplinen, die politischen Prozesse im Schweizer Parlament aus nächster Nähe zu erleben. Die Stipendiat:innen arbeiten für ein Jahr bei den Parlamentsdiensten der eidgenössischen Räte in Bern. Sie unterstützen parlamentarische Sachbereichskommissionen, indem sie im Team eines Kommissionssekretariates mitarbeiten. Die Stipendiat:innen recherchieren Dokumentationen und verfassen Berichte zuhanden der Ratsmitglieder, schreiben Pressemitteilungen, nehmen an Kommissionssitzungen teil und arbeiten bei deren Vor- und Nachbereitung mit. Sie pflegen den Kontakt mit Vertreter:innen aus der Verwaltung, Sachverständigen aus der Wissenschaft und Parlamentsmitgliedern. Dabei lernen sie die Arbeitsweise der Schweizer Politik kennen und können durch die Begegnungen an den Nahtstellen zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft Erfahrungen gewinnen, die ihnen für ihre spätere Berufstätigkeit nützlich sein können. Die Stipendien eignen sich besonders für Hochschulabgänger:innen aller Studienrichtungen, die später im Bereich der Vermittlung zwischen Politik und Wissenschaft tätig sein möchten.

Die Politikstipendien werden durch die Bundesversammlung und Wissenschaftsorganisationen der Schweiz ermöglicht. Seit 2002 wurden 45 Stipendien vergeben. Rund zwei Drittel der ehemaligen Politikstipendiat:innen arbeiten in Berufsfeldern an Schnittstellen zwischen Wissenschaftswelt und Politik.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten 2021

Eine junge Wissenschaftlerin und ein junger Wissenschaftler konnten 2021 dank einem Stipendium der Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien im Bundeshaus arbeiten.



Camilla Alberti

Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Migrationsfragen. Doktorat in Migration, Recht und Gesellschaft der Universität Neuenburg.



Niels Rebetez

Historiker mit Studium der Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.



Aus dem Alltag der Wissenschaftlichen Politikstipendiat:innen

Camilla Alberti: Sechs Monate bei den Parlamentsdiensten ... und die lehrreiche Erfahrung der Initiative in der 2. Phase

Meine Kolleg:innen bei den Parlamentsdiensten haben es mir wiederholt gesagt: Es gibt nur wenige parlamentarische Initiativen oder Kommissionsinitiativen, die es in die 2. Phase schaffen, d. h. denen beide Räte Folge gegeben haben.¹

Der Zufall wollte es so, dass mein Jahr als Politikstipendiatin in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) mit dem Übergang der Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» in die 2. Phase zusammenfiel, nachdem beide Räte der Initiative Folge gegeben hatten. Konkret wurde die WBK-N damit beauftragt, einen Entwurf für ein neues Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung zu erarbeiten. Ziel war es, die Chancengleichheit von Kindern im Vorschulalter zu erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Deshalb beschloss die Kommission, eine 11-köpfige Subkommission einzusetzen, die damit beauftragt wurde, einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Initiativanliegens zu erarbeiten.

Teil dieses komplexen Prozesses zu sein, war für mich eine echte Chance, vor allem aber eine sehr lehrreiche Erfahrung. Zum einen hat mich dies natürlich dazu veranlasst, mir einerseits Hintergrundwissen zu dieser Problematik anzueignen – insbesondere dank den Anhörungen, die organisiert wurden, um das Thema zu vertiefen –, andererseits aber auch ein besseres Verständnis des rechtlichen und institutionellen Kontextes zu erlangen, in welchen die Initiative eingebettet war. Die Erarbeitung eines Erlassentwurfs setzt nämlich voraus, dass man sowohl bei der Koordination als auch in Bezug auf den Inhalt des neuen Gesetzes mit verschiedenen Einheiten auf unterschiedlichen Ebenen (Verwaltung, Kantone, Gemeinden usw.) zusammenarbeitet.

Zum anderen sah ich mich mit der ganzen Finesse und Komplexität der parlamentarischen Debatten konfrontiert – zwischen ideologischen (parteipolitischen) Positionen und persönlichen Erfahrungen und Werten. Beigetragen dazu haben die überschaubare Grösse der Subkommission, die sich in der Regel für eingehende oder aber auch informellere Diskussionen eignet, und die Zusammensetzung dieses Gremiums, in welchem die «Fachpersonen» jeder Partei Einsitz nehmen. Vor allem aber hat mir dies vor Augen geführt, wie dieser Austausch den Entscheidungsprozess und letztlich den Inhalt des Gesetzesentwurfs beeinflussen kann.

¹ So gab das Parlament von den insgesamt 366 in der 50. Legislatur erledigten parlamentarischen Initiativen 208 keine Folge und 63 Folge. Nur deren 28 mündeten anschliessend in einen Erlassentwurf, von denen 20 letztlich verabschiedet wurden. Von den insgesamt 40 im selben Zeitraum erledigten Kommissionsinitiativen führten 26 zu einem Erlassentwurf. Davon verabschiedete das Parlament deren 21.



Zu guter Letzt geht die Erarbeitung eines Erlassentwurfs mit Instrumenten und Verfahren einher, die für den reibungslosen Ablauf unerlässlich sind. Es war somit auch aus technischer Sicht eine sehr lehrreiche Erfahrung, z. B. in Bezug auf die Struktur und den Inhalt der einzelnen Gesetzesvorlagen (Entwurf der Subkommission, anschliessend Entwurf der Kommission) und der zugehörigen Dokumente (Erläuterungsbericht, Bundesbeschluss usw.) sowie im Hinblick darauf, wie an den Sitzungen über die verschiedenen Änderungsanträge abgestimmt wird, wie die Minderheiten berücksichtigt werden und welches Gewicht ihnen beigemessen wird oder wie die Vernehmlassung zum Vorentwurf abläuft.

Meine Erfahrung der ersten sechs Monate ist somit sehr repräsentativ für die parlamentarische Arbeit und ich freue mich, noch bis zum September zu dieser Arbeit beisteuern zu dürfen.

Niels Rebetez: Nach einigen Kommissionssitzungen ...

Seit ich mein Stipendium angetreten habe, ist viel Wasser den Fluss hinabgeflossen. In Wirklichkeit waren es nur sechs Monate, die jedoch sehr intensiv und reich an Erfahrungen waren und wie im Flug vergangen sind. In dieser Zeit konnte ich mich eingewöhnen und eine Seite meiner Arbeit entdecken, die ich bisher nicht kannte: die Kommissionssitzungen.

Genau dort, an diesen Kommissionssitzungen, entscheidet sich ein Stück weit das «Schicksal» der parlamentarischen Geschäfte und somit der politischen Beschlüsse. Doch dieses «dort» umfasst mehr als die eigentlichen Sitzungen: Entscheide werden häufig bereits im Vorfeld gefasst, Allianzen häufig vorgängig geschmiedet und Mehrheiten regelmässig vorher beschafft. Die Geschäfte werden – zum Teil auf der Grundlage der von den wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Sekretariats bereitgestellten Unterlagen – in den Fraktionen und Parteisekretariaten beraten. Die Kommissionsmitglieder diskutieren untereinander, mit ihren Kolleg:innen der Schwesterkommission sowie mit ihren Lobbyist:innen. Kurzum: Das Terrain wird auf weitgehend informelle Art und Weise vorbereitet, wobei den zwischenmenschlichen Beziehungen und dem Netzwerk eine relativ wichtige Rolle zukommt.

Doch nicht alles steht schon im Voraus fest. Die Kommissionssitzungen bieten den Ratsmitgliedern insbesondere die Möglichkeit für einen offenen Meinungs austausch. Da die Debatten vertraulich sind, stehen die Ratsmitglieder weniger stark unter Druck von aussen (insbesondere sind sie an keinen Diskurs gebunden, um ihrer eigenen Wählerschaft zu gefallen). Die mediale Darstellung einiger Ratsmitglieder und deren Position in der Kommission können ziemlich stark auseinanderklaffen. So kann einem Ratsmitglied, das sich in der Kommission offen für Verhandlungen zeigt und das Kompromissbereitschaft an den Tag legt, in der Öffentlichkeit das Image eines unnachgiebigen «Hardliners» anhaften. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die äusseren Einflüsse an der Schwelle zum Kommissionszimmer Halt machen. Sie kommen anders zum Tragen. Auch das Parteidenken verschwindet nicht. Auf Parteilinie zu bleiben, ist wichtig, doch ist in der Kommission mehr Redefreiheit möglich.



An den Kommissionssitzungen können die Ratsmitglieder auch bestimmte Themen oder Aspekte eines Geschäfts vertiefen. Die bevorzugte Ansprechpartnerin ist in diesem Falle die Bundesverwaltung. In meiner Kommission sind dies in erster Linie das Bundesamt für Umwelt (BAFU), das Bundesamt für Raumentwicklung (das auch im Französischen immer mit seinem deutschen Akronym «ARE» bezeichnet wird) und das Bundesamt für Energie (BFE). Auf Ersuchen der Kommission erteilt die Verwaltung Auskunft und legt Berichte vor.

Wenn die Kommissionsmitglieder einen Erlass erarbeiten, greifen sie zum Instrument des Antrags. Dabei kann es sich um einen konkreten Antrag (z. B. die Änderung eines Gesetzesartikels oder die Formulierung eines neuen Absatzes) oder um einen Auftrag an die Verwaltung (Anforderung eines Berichts zu einem bestimmten Thema) handeln. Die Anträge lassen – manchmal sehr deutlich, bisweilen aber auch auf viel subtilere Art und Weise – erkennen, welche Richtung ein Ratsmitglied einschlagen möchte und welche Interessenbindungen es hat.

Bei sehr umfangreichen Geschäften müssen sich die Kommissionsmitglieder in die Materie einarbeiten. Die Fülle an Informationen und die Komplexität eines Geschäfts können gross, ja überwältigend sein. Die Debatten sind dann lang und zuweilen unübersichtlich, es werden zahlreiche Anträge eingereicht – davon viele als Aufträge an die Verwaltung – und es ist eine bestimmte Unentschlossenheit festzustellen. Im Laufe der Sitzungen werden die Dinge jedoch klarer und verstehen die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeitenden des Sekretariats, die mit dem Dossier betraut sind, das Geschäft insgesamt besser.

Zu guter Letzt sind Kommissionssitzungen eine hervorragende Gelegenheit, den politischen Entscheidungsprozess zu beobachten – dies deshalb, weil die Debatten vertraulich sind und weil man einen umfassenderen Einblick erhält, auch wenn dieser Prozess ein Stück weit in anderen Kreisen (u. a. in den Räten) und Kulissen stattfindet ... Ein weiterer positiver Aspekt der Sitzungen ist der direkte Kontakt zu den Ratsmitgliedern. «Last but not least» gibt es bisweilen lustige Momente – Humor ist im Kommissionszimmer nicht untersagt.

Tätigkeiten der Stiftung im Berichtsjahr

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist das strategische Organ der Stiftung. Er wacht über die Erfüllung des Stiftungszwecks, legt die Grundsätze für die Wahl der Stipendiat:innen fest und begleitet diese aktiv. Ebenso bestimmt er die Ausrichtung der Stiftungstätigkeit und prüft die Verwaltung der Finanzen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Stiftungsrats gehört auch die fortwährende Sicherung der Finanzierung der Stiftung.



2021 traf sich der Stiftungsrat zu zwei ordentlichen Sitzungen. An seinen ordentlichen Sitzungen behandelte er die statutarischen Geschäfte Budget, Jahresbericht und Rechnung und befasste sich mit Wahlgeschäften.

Traditionsgemäss widmete sich der Stiftungsrat auch dem Austausch mit den für den Zeitraum September 2020–August 2021 gewählten Stipendiat:innen. Sie nahmen an der Frühjahrssitzung des Stiftungsrats teil und berichteten in diesem Rahmen von ihren Erfahrungen und Tätigkeiten im Parlament (vgl. Jahresbericht 2020).

An der Mai-Sitzung wurde Professor Martial Pasquier, seit Juni 2019 Mitglied des Stiftungsrates, neu zum Vizepräsidenten gewählt. Er ist Professor für öffentliche Kommunikation am Institut de hautes études en administration publique (idheap).

Im Januar gab Geschäftsführer Jean-Daniel Strub seinen Rücktritt per Ende Mai 2021 bekannt. Als seine Nachfolgerin wurde Liselotte Schlegel ernannt. Sie trat das Amt am 1. Juni 2021 an und wurde an der Oktober-Sitzung vom Stiftungsrat formell gewählt.

Ausschreibung und Bewerbungsverfahren

Wie im Vorjahr schrieb die Stiftung im Jahr 2021 zwei Stipendien zur Besetzung per 1. September 2021 aus. Auf diese Ausschreibung gingen gut 70 Bewerbungen ein, zwei Drittel davon mit guten bis sehr guten Qualifikationen. Ein vom Stiftungsrat bestimmter Ausschuss nahm die Sichtung und Selektion der Kandidaturen vor und führte mit sieben Bewerber:innen Gespräche. Der Ausschuss war 2021 wie folgt zusammengesetzt:

- Philippe Schwab, Vizepräsident;
- Sarah Kopse, Mitglied des Stiftungsrates;
- Pierre-Yves Breuleux, Chef Gruppe 1 des Ressorts Kommissionen und Recherchen der Bundesversammlung;
- Jean-Daniel Strub, Geschäftsführer.

Für das Jahr 2021/2022 wurden Camilla Alberti als Stipendiatin und Niels Rebetez als Stipendiat gewählt. Sie traten ihr Stipendium am 1. September 2021 an.



Zusammensetzung des Stiftungsrats

Dem Stiftungsrat gehörten im Berichtsjahr die folgenden Persönlichkeiten an:



Philippe Schwab

Präsident, Generalsekretär der
Bundesversammlung



Martial Pasquier

Professor am Institut de
hautes études en
administration publique
(idheap)



Hannes Germann

Ständerat (SH)



Andrea Hungerbühler

Geschäftsführerin
Kammer Pädagogische
Hochschulen
swissuniversities,
Politikstipendiatin 2010



Sarah Kopse

Ehem. Generalsekretärin der
Fachhochschule Westschweiz
(HES-SO)



Andrea Schenker-Wicki

Rektorin Universität Basel



Philipp Burkard

Geschäftsführer Science et
Cité



Jürg Stahl

Präsident des Stiftungsrats
des Schweizerischen
Nationalfonds



Die Trägerorganisationen

Die folgenden Organisationen leisteten 2021 finanzielle und ideelle Beiträge an die Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien:

- **Akademien der Wissenschaften Schweiz**
- **Schweizerische Bundesversammlung**
- **Schweizerischer Nationalfonds**
- **ETH-Rat**
- **Kantonale Universitäten Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg, St. Gallen und Zürich**
- **Haute École Spécialisée de Suisse occidentale HES-SO**

Die Stiftung arbeitet mit einem Budget von rund 240'000 Franken jährlich, wovon ca. 200'000 Franken direkt für die Stipendien aufgewendet werden.

Der Stiftungsrat bedankt sich bei den Trägerorganisationen für die Unterstützung der Stiftung.